

## **Schattenwirtschaft und illegale Beschäftigung in (Ober-)Österreich: Fluch oder Segen?**

Wie man aus Tabelle 1 ersehen kann, hat die Größe der Schattenwirtschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz über den Zeitraum 1975-2002 beträchtlich zugenommen. Betrug die Schattenwirtschaft in Deutschland im Jahr 1975 5,75% des offiziellen BIP, stieg dieser Wert bis zum Jahr 2002 auf 16,49% des offiziellen BIP oder auf 350,4 Mrd. Euro. In Österreich betrug der Wert der Schattenwirtschaft im Jahr 1975, 2,04% und erhöhte sich bis zum Jahr 2002 auf 10,69% des offiziellen BIP oder auf 21,8 Mrd. Euro. Einen ähnlichen Anstieg hat die Schweiz zu verzeichnen. Betrug die Schattenwirtschaft 1975 3,2%, so stieg dieser Wert bis zum Jahr 2002 auf 9,48% des offiziellen BIP oder 38,7 Mrd. CHF. Die Schattenwirtschaft hat also in allen drei Ländern beträchtlich zugenommen und nach ersten Schätzungen wird dieser Wert in Deutschland aufgrund des Maßnahmenpaketes (Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, etc.) im Jahr 2003 auf ca. 380 Mrd. Euro (das entspricht einer Steigerung von 7%) steigen. Auch in Österreich ist, wenn nicht entsprechende Maßnahmen beschlossen werden, mit einem weiteren Anwachsen der Schattenwirtschaft zu rechnen.

Für Österreich ist eine Aufteilung der Schattenwirtschaft in Wirtschafts- und Dienstleistungssektoren in Tabelle 2 vorgenommen worden. Hierbei sieht man, dass die Baugewerbe und Handwerksbetriebe mit 38% oder 8,3 Mrd. Euro im Jahr 2002 den größten Anteil bilden. Gefolgt von den Bereichen Gewerbe und Industriebetriebe und Dienstleistungsbetriebe (Hotels, Gaststätten, etc.) von je 17% oder 3,7 Mrd. Euro. Denen folgen die sonstigen Gewerbebetriebe und Dienstleistungen (Nachhilfe, Friseur, Babysitten) mit 15% oder 3,3 Mrd. Euro und die Unterhaltungs- und Vergnügungsbranche mit 13% oder 2,8 Mrd. Euro. In Tabelle 3 ist noch einmal eine erste Schätzung unternommen worden, in der die Schattenwirtschaft in Bau- und Handwerksbetrieben weiter disaggregiert wurde. Hierbei sieht man, dass im Bauhauptgewerbe von den insgesamt 8,3 Mrd. Euro 41% oder 3,4 Mrd. Euro anfallen. Für das Baunebengewerbe beträgt der Anteil 30% oder 2,5 Mrd. Euro. Die Handwerksbetriebe im Baubereich bewirtschaften 16% oder 1,3 Mrd. Euro und sonstige Reparaturen (Fernseher, Geräte, Haushaltsgeräte) ebenfalls 13% oder 1,3 Mrd. Euro.

In Tabelle 4 ist die Entwicklung der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter und die der illegale ausländischen Beschäftigten (nur für Schattenwirtschaftstätigkeit) in Deutschland, Österreich und der Schweiz über den Zeitraum 1995-2002 aufgeführt.<sup>1)</sup> In Deutschland betrug die Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter oder Ganztagschwarzarbeiter im Jahr 1995 7,3 Mio. Personen und dieser Wert erhöhte sich bis zum Jahr 2002 auf 9,1 Mio. Personen. Aber auch die illegal ausländisch Beschäftigten sind für Deutschland eine nicht zu vernachlässigende

---

<sup>1)</sup> Die inländischen Vollzeitschwarzarbeiter sind natürlich eine fiktive Größe, die aus den Stunden, die in der Schattenwirtschaft gearbeitet wurden, berechnet wurde. Die illegal ausländischen Beschäftigten stellen eine erste Abschätzung der illegal (für Schattenwirtschaftsaktivitäten) beschäftigten Ausländer dar. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zwei Drittel der Wertschöpfung in der Schattenwirtschaft von Deutschen, Österreichern oder Schweizern oder in diesen Länder legal lebenden Ausländern erwirtschaftet werden, so dass die Berechnung der Entwicklung der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeitern nur dazu dient, zu zeigen, wie viele Arbeitsplätze es gäbe.

Größe: Betrug sie im Jahr 1995 878.000 Personen, erhöhte sich dieser Wert bis zum Jahr 2002 auf 1,194 Mio. Personen. Ebenso ist der Anstieg in Österreich der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter oder Ganztagschwarzarbeiter beträchtlich: Betrug er 1995 575.000 Personen, so erhöhte sich dieser Wert bis zum Jahr 2002 auf 746.000 Personen. Die Anzahl der illegal Beschäftigten betrug 1995 75.000 Personen und erhöhte sich bis zum Jahr 2002 auf 109.000 Personen (Die illegal Beschäftigten sind hier nur die, die Schwarzarbeitstätigkeiten nachgehen und nicht z.B. klassisch kriminellen Aktivitäten nachgehen.).

In Tabelle 5 sind die Entwicklungen für Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter in Oberösterreich und Österreich dargestellt. In Oberösterreich waren im Jahr 1995 553.000 Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter beschäftigt und dieser Wert stieg bis zum Jahr 2002 auf 71.300 Personen. Der Anteil der illegal ausländisch Beschäftigten in Oberösterreich betrug im Jahr 1995 7.320 Personen und erhöhte sich auf 10.000 Personen im Jahr 2002. Auch dies zeigt, dass selbst in einem dynamischen Wirtschaftsland wie Oberösterreich die Anzahl der Schwarzarbeiter und illegal ausländisch Beschäftigten im Zeitraum 1995-2002 stark gestiegen ist. Insgesamt gesehen besteht daher die wirtschaftspolitische Notwendigkeit, diese Zahl aber auch das Volumen an Schattenwirtschaft zu verringern. Die folgenden vier Vorschläge sollen dazu dienen:

Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch stellt sich seit einiger Zeit die entscheidende Frage, was von Seiten des Staates unternommen werden sollte, um das starke Wachstum der Schattenwirtschaft zumindest zu reduzieren, oder gar konstant zu halten; d.h. ob es möglicherweise gelingt, die vielen Millionen Arbeitsstunden oder hunderttausenden von Jobs in der Schattenwirtschaft in offizielle zu überführen. Ob dies nur auf gesetzlichem Wege (d.h. mit strengeren Strafen - wie zur Zeit entsprechende Gesetze in Deutschland und Österreich in Vorbereitung sind) gelingt, ist zweifelhaft, da 2/3 der Wertschöpfung der Schattenwirt-

schaft von selbständig und unselbständig beschäftigten Österreichern und Deutschen erwirtschaftet wird, d.h. sie ist ein Massenphänomen zwischen Konstanz und Flensburg und zwischen dem Bodensee und Neusiedlersee. Darüber hinaus haben weder die Deutschen noch die Österreicher ein Unrechtsbewusstsein, wenn sie schwarz arbeiten (oder lassen), da mehr wie 2/3 der Befragten (Umfrage Mai 2001) Schwarzarbeit als Kavaliersdelikt betrachten.

Im folgenden wird einmal ein anderer Weg versucht, in dem einige Vorschläge unterbreitet werden, wie die ökonomischen Anreize so verändert werden, dass Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft wesentlich weniger attraktiv sind und es sich somit verstärkt lohnt, in der offiziellen Wirtschaft Aufträge zu vergeben bzw. dort nachzufragen.

#### (1) Einführung einer "Schattenwirtschaftspauschale"

Die Idee dieser Pauschale ist, dass jeder, der eine volle Stelle hat, d. h. bereits einmal dafür die gesamte Sozialversicherungs- und Steuerlast trägt, in einem bestimmten Ausmaß pro Monat zwischen 300 und 400 Euro zusätzlich Kleinaufträge ausführen kann bzw. dazuverdienen darf und hierbei nur mit einem Pauschalsteuersatz von 20 % belastet wird. Dies hätte den Effekt, dass viele, die sich durch Schwarzarbeit zwischen 300 und 400 Euro pro Monat dazu verdienen, wesentlich weniger Anreiz hätten, diese schwarz zu "erledigen", sondern fast die gleiche Summe in der offiziellen Wirtschaft und nun ganz legal verdienen könnten.

#### (2) Staatliche Förderung im Wohnbau nur noch auf den Faktor Arbeit

In Deutschland und in Österreich werden zur Zeit Wohnbauförderungen vergeben, die bestimmten Förderkriterien unterliegen (Einkommenshöhe, Art des Wohnbaus, etc.). Hier lautet der Vorschlag, diese Förderung nur noch auf den Faktor Arbeit zu gewähren, und zwar hier auf die Differenz zwischen ausbezahl-

ten Arbeitskosten und den brutto Arbeitskosten für den Arbeitnehmer, die der Bauherr auf der Rechnung vorfindet. Dies bedeutet, dass im Ausmaß der Förderung die gesamten Lohnnebenkosten (inkl. Steuern und Sozialabgaben) rückvergütet würden. Dies hätte den Effekt, dass der Schwarzarbeiter den Bauherren nicht mehr billiger käme, da bei dieser Regelung die Differenz zwischen den Arbeitskosten für den offiziellen Bauarbeiter und dem ausbezahlten Lohn nicht mehr bestünde und der Bauherr damit schon aufgrund der Gewährleistungspflicht eine offizielle Firma mit dieser Leistung beauftragen würde. Damit könnte ein Teil des bisher schwarz erarbeiteten Volumens am Bau ganz legal in die offizielle Wirtschaft überführt werden. Außerdem würde diese Maßnahme dem Finanzminister keinen zusätzlichen Euro an Steuermitteln kosten, im Gegenteil, er könnte durch das gestiegene (offizielle) Auftragsvolumen mit zusätzlichen Steuereinnahmen (indirekte und direkte Natur) rechnen.

### (3) Befristete Mehrwertsteuervergütung bei arbeitsintensiven Dienstleistungen

Ein weiterer Vorschlag wäre, die Mehrwertsteuer von 16 % in Deutschland auf arbeitsintensive Leistungen rückzuvergüten (sog. Luxemburger Modell), um so einen Anreiz zu schaffen, diese Leistungen verstärkt in der offiziellen Wirtschaft nachzufragen. Europäische Nachbarländer mit hohen Mehrwertsteuersätzen haben in den EU-Gremien durchgesetzt, dass sie bestimmte arbeitsintensive Dienstleistungen mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegen dürfen. Deutschland macht hier bisher nicht mit, aber auch hierzulande fordern dies die Handwerksverbände. Hier kann das Problem von beträchtlichen Steuerausfällen entstehen. Wenn es aber gelingt, zwischen einem Viertel und einem Drittel der bisher schwarz erbrachten Leistungen in die offizielle Wirtschaft zu überführen, würden sich die Steuerverluste größtenteils wieder ausgleichen. Diese Idee könnte auf bestimmte Bereiche, z. B. Altbausanierung oder im Gaststätten- oder Tourismusgewerbe eingeführt werden, also Branchen, die besonders betroffen sind.

#### (4) Kombilohn für Arbeitslose und aus dem Arbeitsleben unfreiwillig Ausgeschiedene

Ein weiterer Vorschlag wäre, den Einstieg von Arbeitslosen und aus dem Arbeitsleben (unfreiwillig) Ausgeschiedenen (z.B. früher berufstätige Frauen) in das Arbeitsleben durch einen Kombilohn zu erleichtern. Die Idee ist hierbei, dass, wenn ein Betrieb beispielsweise fünf zusätzliche Beschäftigte einstellt, die eine bestimmte Zeit arbeitslos gemeldet waren, für diese für zwei bis drei Jahre die gesamten Sozialkosten vom Staat getragen werden. Hierdurch entstehen keine Mehrbelastungen für die öffentliche Hand, da diese Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslose auch vom Staat bezahlt werden müssen. Dieser Kombilohn würde die Arbeitskosten wesentlich reduzieren und würde einen starken Anreiz für Unternehmen bilden, Arbeitslose oder aus dem Berufsleben Ausgeschiedene wieder einzustellen. Damit seitens der Firmen kein Anreiz für strategisches Verhalten besteht, wäre die Maßnahme damit zu koppeln, dass die Förderung durch den Staat sofort eingestellt würde, wenn eine Firma Beschäftigte entlässt.

Es ist somit offensichtlich, dass die Schwarzarbeit eine bedeutende wirtschafts- aber auch staatspolitische Herausforderung darstellt. Eine erfolgversprechende Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wird, wie dargelegt, an den Ursachen ansetzen müssen: dies sind der zunehmende Druck von Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit und die zunehmende Regulierung in der offiziellen Arbeitswelt. Höhere Strafen allein bekämpfen nur die Symptome der Schattenwirtschaft, sind unter Umständen teuer und aufwendig und führen nicht zum gewünschten Erfolg. Gelingt es mittel- bis langfristig nicht, die hohen Nebenkosten des Faktors Arbeit wieder wesentlich zu verringern, und gelingt es nicht, viele kleine Zusatzarbeiten pauschaliert steuerlich und sozialversicherungsmäßig abzugelten und hierfür hohe Freigrenzen für die schon offiziell in der Wirtschaft Beschäftigten zu schaffen, wird man die Schattenwirtschaft nicht

effizient bekämpfen können. Darüber hinaus sollten die vielen Regulierungen und Vorschriften, die sich oft lähmend auf die Wirtschaft auswirken, durchforschet und reduziert werden sowie konsequent reduzierte Sätze der Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive Dienstleistungen eingeführt sowie kurzfristig die staatliche Bauförderung nicht mehr auf Sachleistungen angewendet werden.

All diese Maßnahmen versprechen in der Summe kurzfristig sicherlich keine bedeutende Reduktion der Schattenwirtschaft, insbesondere da das "Abgleiten" in die Schattenwirtschaft viel leichter geschieht als das Zurückziehen aus der Schattenwirtschaft und da in der offiziellen Wirtschaft nicht so schnell Alternativen für den Einkommensverlust geboten werden. Langfristig gesehen sind aber die vorgeschlagenen Maßnahmen sicherlich erfolgversprechend, die Schattenwirtschaft zu stabilisieren oder gar einzudämmen. Es besteht also nicht ein Mangel an Instrumenten oder Maßnahmen, sondern es fehlt der Wille der verantwortlichen politischen Entscheidungsträger, diese Herausforderungen aufzugreifen und die entsprechenden Maßnahmen gegen zu erwartende Widerstände durch- und umzusetzen.

**Tabelle 1: Die Größe der Schattenwirtschaft in Deutschland, Österreich und der Schweiz über den Zeitraum 1975 bis 2002 - berechnet mit Hilfe des Bargeldansatzes <sup>1)</sup>**

Jahr	Größe der Schattenwirtschaft (in % des „offiziellen“ BIP)					
	Deutschland		Österreich		Schweiz	
	in %	Mrd. €	in %	Mrd. €	in %	Mrd.CHF
1975	5,75	29,6	2,04	0,9	3,20	12
1980	10,80	80,2	2,69	2,0	4,90	14
1985	11,20	102,3	3,92	3,9	4,60	17
1990	12,20	147,9	5,47	7,2	6,20	22
1995	13,90	241,1 <sup>2)</sup>	7,32	12,4	6,89	25
1996	14,50	257,6 <sup>2)</sup>	8,32	14,6	7,51	27
1997	15,00	274,7 <sup>2)</sup>	8,93	16,0	8,04	29
1998	14,80	280,7 <sup>2)</sup>	9,09	16,9	7,98	30
1999	15,51	301,8 <sup>2)</sup>	9,56	18,2	8,34	32
2000	16,03	322,3 <sup>2)</sup>	10,07	19,8	8,87	35
(2001) <sup>3)</sup>	16,00	329,8 <sup>2)</sup>	10,52	21,1	9,28	37,5
(2002) <sup>3)</sup>	16,49	350,4 <sup>2)</sup>	10,69	21,8	9,48	38,7

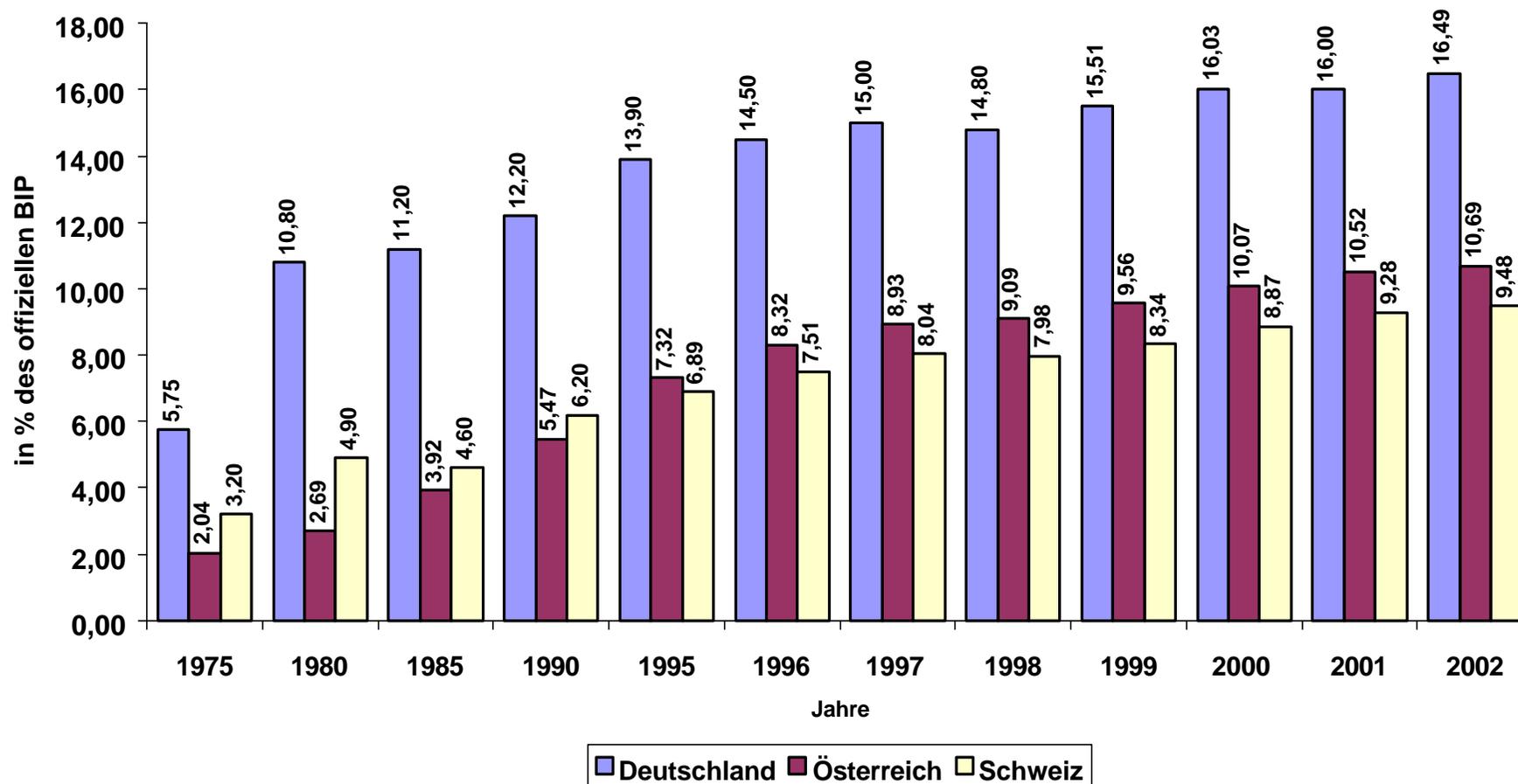
<sup>1)</sup> Erläuterungen: Die *Größe der Schattenwirtschaft* ist *zwischen den drei Ländern nur bedingt vergleichbar*, da die Bargeldnachfragefunktionen unterschiedlich spezifiziert werden und nicht die gleiche Anzahl von Ursachen, die für die Schwarzarbeit verantwortlich sind, enthalten.

<sup>2)</sup> An dem Jahr 1995 Werte für *Gesamtdeutschland*.

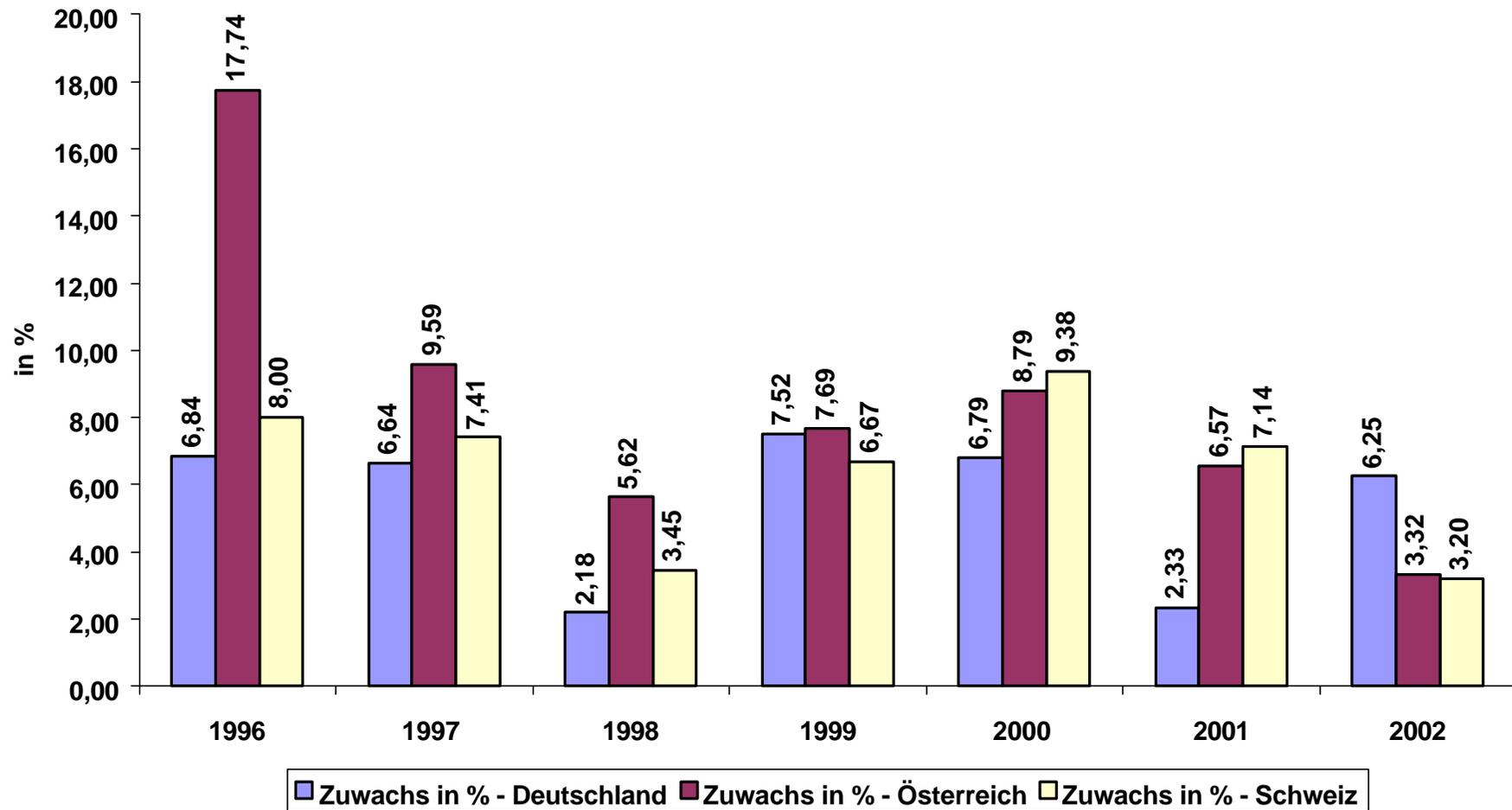
<sup>3)</sup> Prognose bzw. Schätzwert, da die offiziellen Statistiken noch nicht vorliegen.

Quelle: Eigene Berechnungen.

**Figur 1.1: Die Größe der Schattenwirtschaft (in % des offiziellen BIP) in Deutschland, Österreich und der Schweiz über den Zeitraum 1975-2002 - berechnet mit Hilfe des Bargeldansatzes**



**Figur 1.2: Jährlicher prozentualer Zuwachs der Schattenwirtschaft - 1995-2002 für Deutschland, Österreich und die Schweiz**



**Tabelle 2: Aufteilung der Schattenwirtschaft in Wirtschafts- und Dienstleistungssektoren in Österreich <sup>1)</sup>**

Sektor	Aufteilung der Schattenwirtschaft in Österreich Jahr 2002	
	in %	Mrd. €
<b>Baugewerbe und Handwerksbetrieb (inkl. Reparaturen)</b>	<b>38 %</b>	<b>8,3</b>
<b>Andere Gewerbe- und Industriebetriebe (Kfz, Maschinen, etc.)</b>	<b>17 %</b>	<b>3,7</b>
<b>Dienstleistungsbetriebe (Hotels, Gaststätten, etc.)</b>	<b>17 %</b>	<b>3,7</b>
<b>Unterhaltungs- und Vergnügungsbranche</b>	<b>13 %</b>	<b>2,8</b>
<b>Sonstige Gewerbebetriebe und Dienstleistungen (Nachhilfe, Friseur, Babysitten)</b>	<b>15 %</b>	<b>3,3</b>

<sup>1)</sup> Quelle: Eigenen Berechnungen (2002).

**Tabelle 3: Aufteilung der Schattenwirtschaft im Baugewerbe und in Handwerksbetrieben <sup>1)</sup>**

Sektor	Aufteilung der Schattenwirtschaft im Baugewerbe in Österreich Jahr 2002	
	in %	Mrd. €
<b>Bauhauptgewerbe</b>	<b>41 %</b>	<b>3,4</b>
<b>Baunebengewerbe</b>	<b>30 %</b>	<b>2,5</b>
<b>Handwerksbetriebe im Baubereich</b>	<b>16 %</b>	<b>1,3</b>
<b>Sonstige Reparaturen (Fernseher, elektr. Geräte, Haushaltsgeräte)</b>	<b>13 %</b>	<b>1,1</b>
<b>SUMME Baugewerbe und Handwerksbetriebe (inkl. Reparaturen)</b>	<b>100 %</b>	<b>8,3</b>

<sup>1)</sup> Quelle: Eigene Berechnungen (2002).

**Tabelle 4: Entwicklung der „Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter“ und der illegalen ausländischen Beschäftigten in Deutschland, Österreich und der Schweiz über den Zeitraum 1995 bis 2002<sup>1)</sup>**

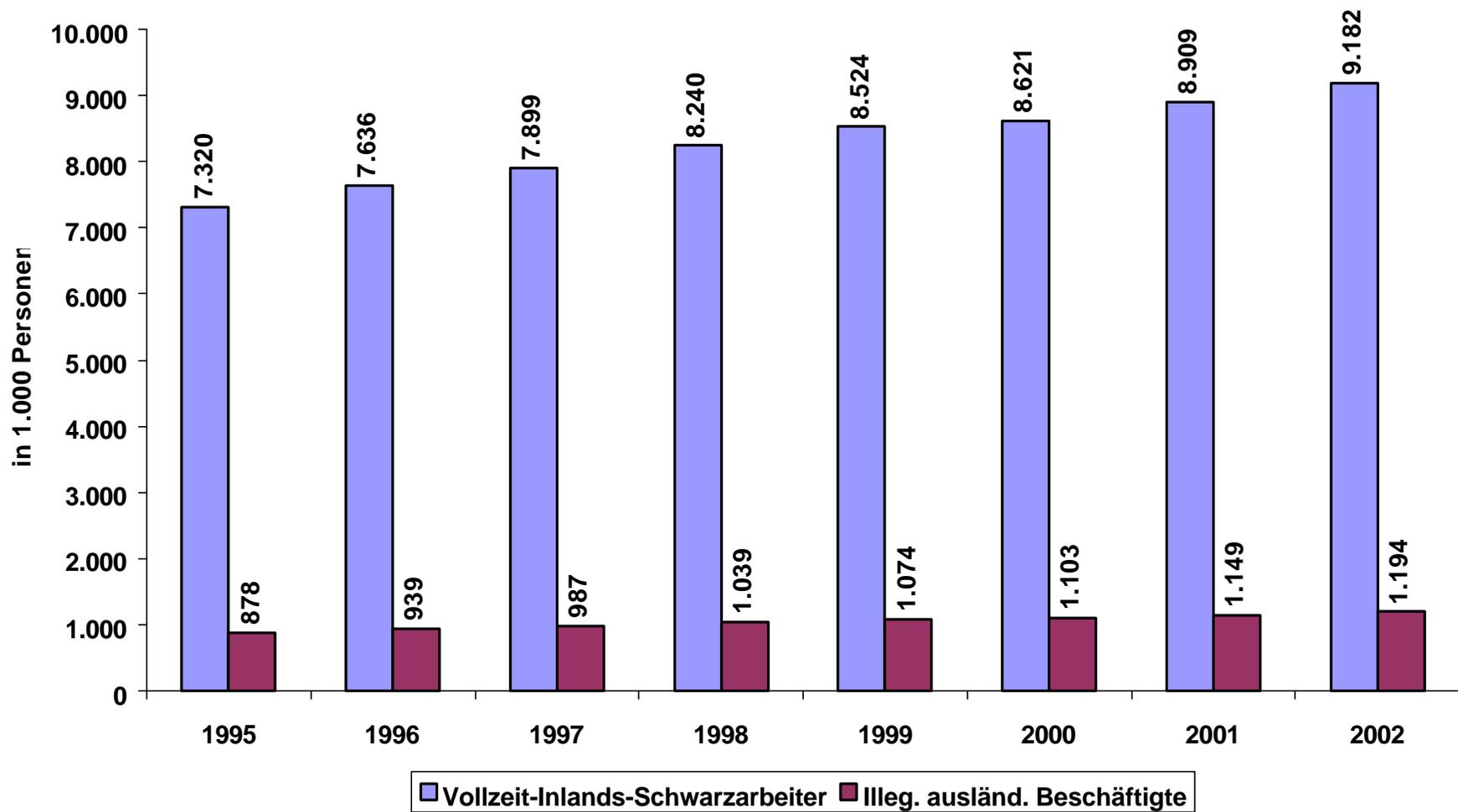
Jahr	Entwicklung der „Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter“ und der illegalen ausländischen Beschäftigten in 1.000 Personen					
	Deutschland		Österreich		Schweiz	
	Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter	Illeg. ausländ. Beschäftigte	Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter	Illeg. ausländ. Beschäftigte	Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter	Illeg. ausländ. Beschäftigte
1995	7.320	878	575	75	391	55
1996	7.636	939	617	83	426	61
1997	7.899	987	623	86	456	67
1998	8.240	1.039	634	89	462	69
1999	8.524	1.074	667	93	484	74
2000	8.621	1.103	703	99	517	79
2001 <sup>2)</sup>	8.909	1.149	734	104	543	84
2002 <sup>2)</sup>	9.182	1.194	746	109	556	88

<sup>1)</sup> Erläuterungen: Inländische Vollzeitschwarzarbeiter sind eine fiktive Größe, die aus den Stunden, die in der Schattenwirtschaft gearbeitet werden, berechnet werden. Die illegal ausländischen Beschäftigten stellen eine erste Abschätzung der illegal (für Schattenwirtschaftsaktivitäten) beschäftigten Ausländer dar.

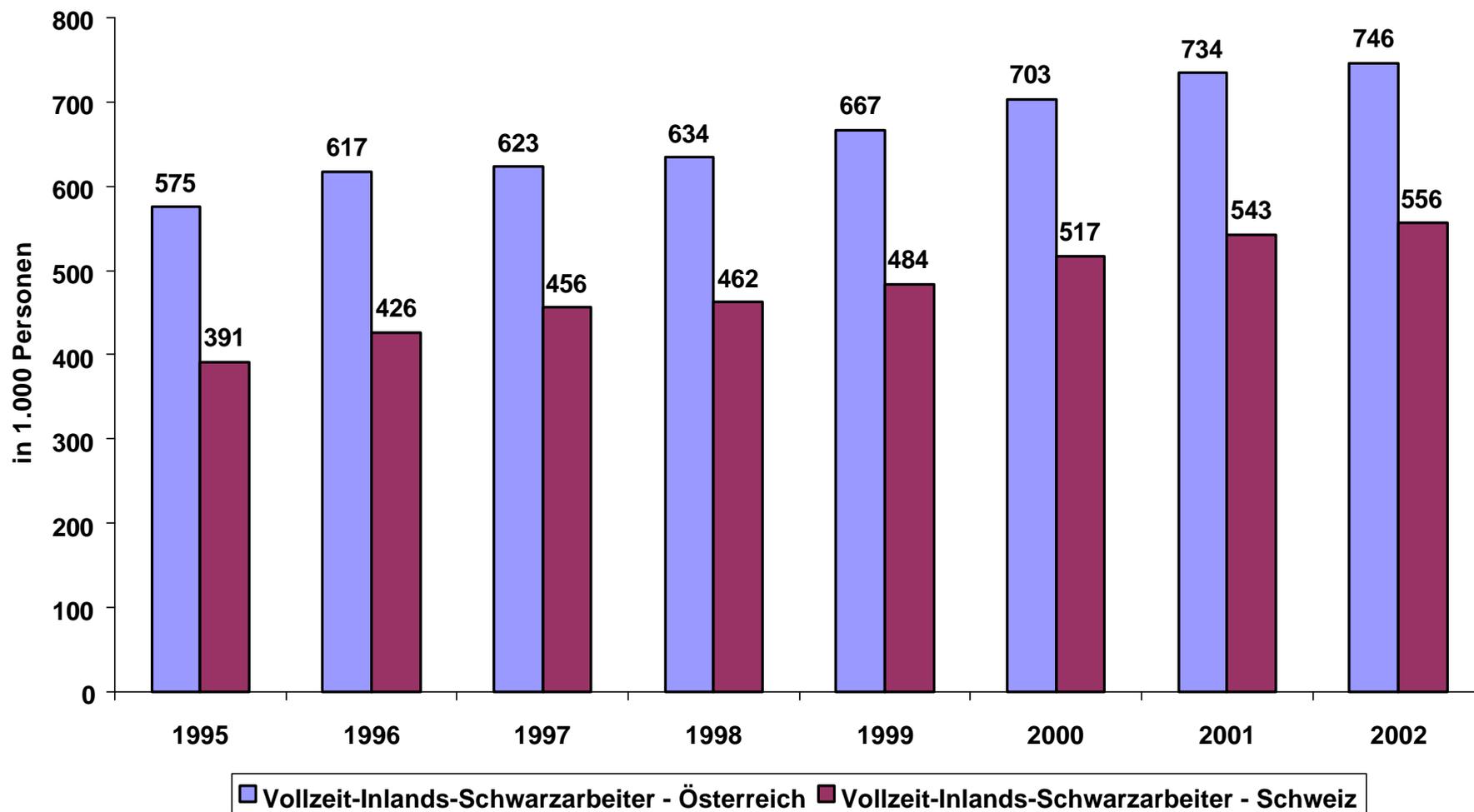
<sup>2)</sup> Prognose bzw. Schätzwert, da die offiziellen Arbeitsamt-Statistiken noch nicht vorliegen.

Quelle: Eigene Berechnungen.

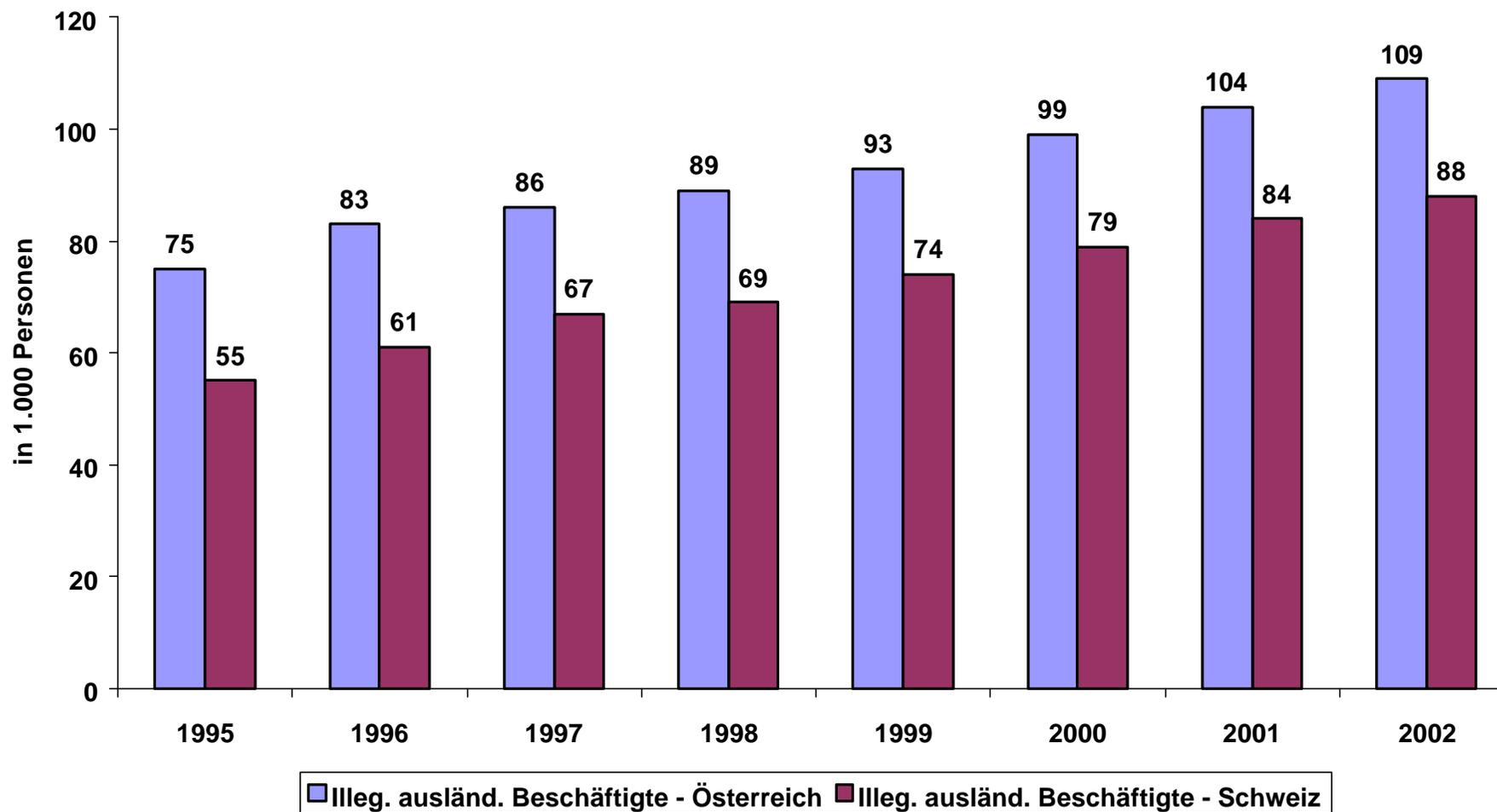
**Figur 4.1: Entwicklung der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter und der illegalen ausländischen Beschäftigten in 1.000 Personen - DEUTSCHLAND**



**Figur 4.2: Entwicklung der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter in 1.000 Personen - ÖSTERREICH und SCHWEIZ**



**Figur 4.3: Entwicklung der illegalen ausländischen Beschäftigten in 1.000 Personen - ÖSTERREICH und SCHWEIZ**



**Tabelle 5: Entwicklung der „Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter“ und der illegalen ausländischen Beschäftigten in Österreich und Oberösterreich über den Zeitraum 1995 bis 2002<sup>1)</sup>**

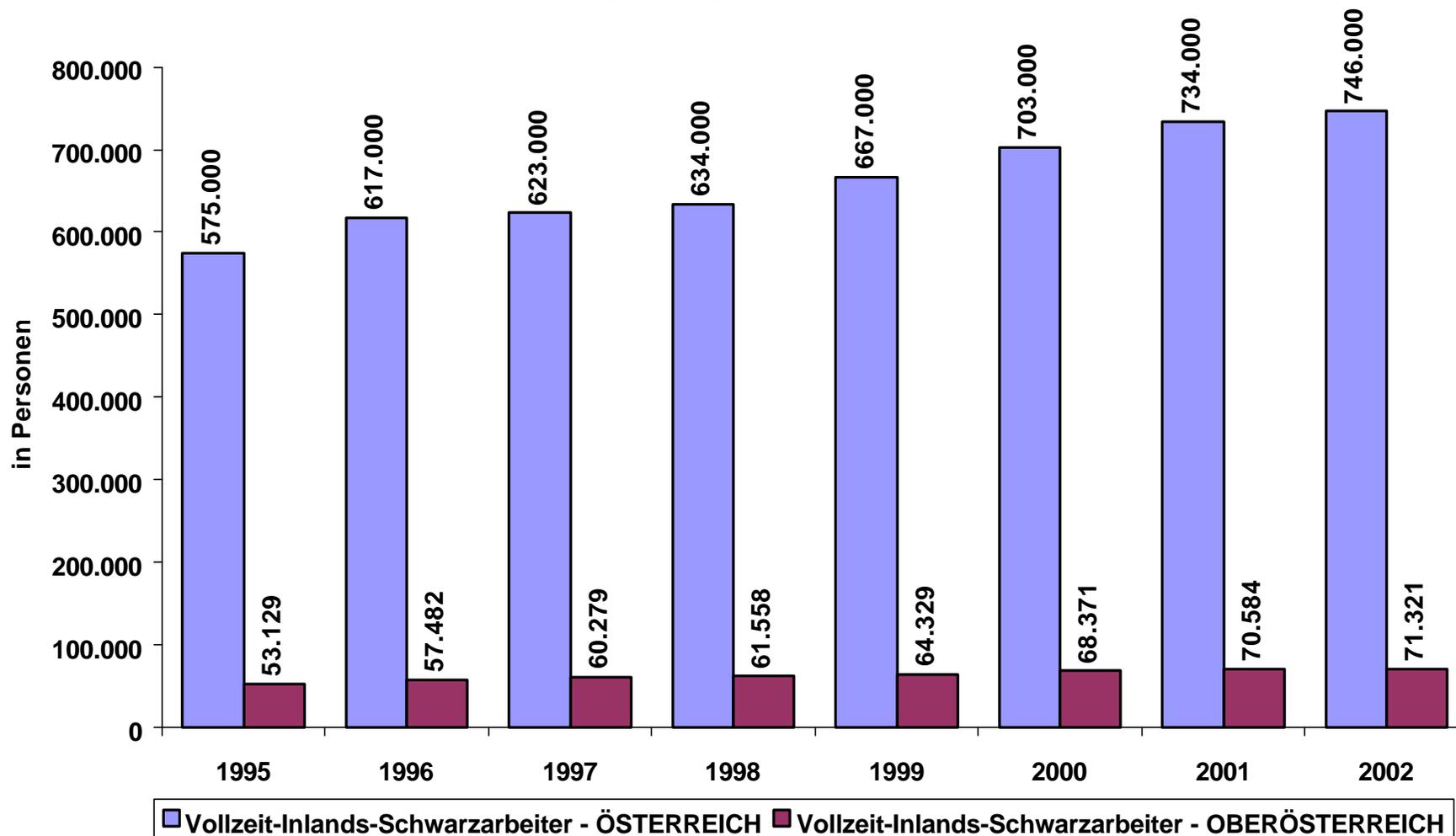
Jahr	Entwicklung der „Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter“ und der illegalen ausländischen Beschäftigten (in Personen)			
	Österreich		Oberösterreich	
	Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter	Illeg. ausländ. Beschäftigte	Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter	Illeg. ausländ. Beschäftigte
1995	575.000	75.000	53.129	7.320
1996	617.000	83.000	57.482	8.029
1997	623.000	86.000	60.279	8.341
1998	634.000	89.000	61.558	8.625
1999	667.000	93.000	64.329	9.139
2000	703.000	99.000	68.371	9.534
2001 <sup>2)</sup>	734.000	104.000	70.584	9.843
2002 <sup>2)</sup>	746.000	109.000	71.321	10.027

<sup>1)</sup> Erläuterungen: Inländische Vollzeitschwarzarbeiter sind eine fiktive Größe, die aus den Stunden, die in der Schattenwirtschaft gearbeitet werden, berechnet werden. Die illegal ausländischen Beschäftigten stellen eine erste Abschätzung der illegal (für Schattenwirtschaftsaktivitäten) beschäftigten Ausländer dar.

<sup>2)</sup> Prognose bzw. Schätzwert, da die offiziellen Arbeitsamt-Statistiken noch nicht vorliegen.

Quelle: Eigene Berechnungen.

**Figur 5.1: Entwicklung der Vollzeit-Inlands-Schwarzarbeiter ÖSTERREICH-  
OBERÖSTERREICH**



**Figur 5.2: Entwicklung der illegalen ausländischen Beschäftigten -  
ÖSTERREICH/OBERÖSTERREICH**

